

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvordruff 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Kellame-Kolonelle** 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721. **Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein letzter Appell der Eisenbahner.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts veröffentlicht einen Aufruf der Eisenbahner. Der Deutsche Eisenbahnerverband, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter, der Allgemeine Eisenbahnerverband erklären darin, daß die durch das Reich erfolgte Erhöhung der Kinderzulage den notwendigen und berechtigten Ansprüchen der Beamten auch nicht im entferntesten Rechnung trägt, und daß dasselbe für die in Aussicht genommene Verbesserung der Arbeiterbezüge gilt. Die Organisationen sind gewillt, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, um den Eisenbahnbediensteten und ihren Familien die Existenz zu gewährleisten. Die Organisationen richten deshalb nochmals in der dringenden Not und Verleumdung, in der die Beamten und Arbeiter sich befinden, den dringenden Appell an Regierung und Parlament, heftend einzugreifen. Sollten die Bemühungen der Organisationen erfolglos sein, so sehen sich die Oberleitungen gezwungen, zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel, zum Streik zu greifen. Die unterzeichneten Verbände erklären, daß sie sich der Tragweite eines solchen Schrittes durchaus bewußt sind und die Gefahr für das Wirtschaftsgeschehen Deutschlands nicht verkennen. Sie würden es tief bedauern, wenn die Beschäftigten, auf eine gemeinsame Linie gebrachten Forderungen der Organisationen nicht die gebührende Berücksichtigung finden sollten. In diesem Falle sind sie entschlossen, einen ihnen aufgezwungenen Kampf gemeinsam durchzuführen. Im Interesse der erfolgreichen Durchführung des Kampfes haben sich die unterzeichneten Organisationen verpflichtet, einmütig zusammenzutreten und alles zu vermeiden, was die Einheitsfront stören könnte.

Ein Dämpfer für die kommunistischen Gewerkschaftsführer.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit meldet unter der Überschrift „Die erste Niederlage der Moskauer: Bei den Wahlen für die innere Verwaltung des Metallarbeiterverbandes wurden für die Liste Ziska-Urlich 31 458 Stimmen, für die Liste Rusch-Pössel 30 063 Stimmen abgegeben. Die Kandidaten der Liste Ziska-Urlich sind somit gewählt. Die neue Verwaltung wird sich aus Vertretern dieser Richtung zusammensetzen. Insgesamt wurden abgegeben 61 521 Stimmen, so daß sich von den etwa 180 000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes ungefähr jedes dritte Mitglied an der Wahl beteiligt hat. Die Freiheit bemerkt dazu: Die erste offene Schlacht in dem inneren Kampf, der durch die Moskauer Spaltungsspartakole in der deutschen Gewerkschaftsbewegung entfacht worden ist, ist geschlagen. Das Ergebnis ist bedeutungsvoll für die gesamte Deutsche Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf ist dort zum Ausbruch gekommen, wo die eben frisch in die kommunistischen Reihen eingewanderte Minorität ihre stärkste Stütze hatte. Er endete mit einem Erfolg der Liste Ziska-Urlich, der Anhänger der Amsterdamer Internationale und ihrer Methoden, der Schüler der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Die Mehrheit der Liste Ziska ist nicht groß. Aber sie ist in Berlin und in der Gewerkschaft erzielt worden, in der die Kommunisten den größten Anhang zu sammeln wußten. Wenn sie hier trotz einer bis aufs äußerste getriebenen Propaganda nicht durchzubringen vermochten, so zeigt dies, daß die kommunistischen Bäume selbst auf besonders fruchtbarsten Boden nicht in den Himmel wachsen. Eifrige Arbeit unserer Genossen wird das übrige tun müssen, um die vielen Mitläufer der Kommunisten wieder von ihnen abzulösen.

Verfehlte Taktik.

In Berlin gab es gestern vor dem Rathaus große Arbeitslosendemonstrationen und im Rathaus große turbulente Szenen, die dadurch hervorgerufen wurden, daß der Deutschnationale Stadtrat Wege in unbefugter Weise eine Menge Sicherheitspolizei herbeigerufen hatte und sie in das Rathaus und vor dem Rathaus aufzustellen nehmen ließ. Es verstand sich von selbst, daß diese Maßregel zu scharfen Auseinandersetzungen in der Stadtverordnetenversammlung führen mußte. Die bürgerlichen Vertreter redeten sich darauf hinaus, die Maßregel sei notwendig geworden, weil die Arbeitslosen schon am Vormittag gedroht hätten, das Rathaus zu stürmen und die drohende Haltung, die in den Arbeitslosenversammlungen eingenommen worden sei und der Zug vor das Rathaus hätten dies auch bestätigt. Die bürgerlichen Magistratsmitglieder billigten die Handlungsweise des Herrn Wege. Dagegen erhob die sozialdemokratische Fraktion Einspruch und verlangte die sofortige Entfernung der Sicherheitspolizei, dem dann auch stattgegeben werden mußte. Die Forderungen der Arbeitslosen auf einmalige Unterstützung von 300 und 500 Mk. und die hundertprozentige Erhöhung der Unterstützungssätze überhaupt wurden einem Ausschuss überwiesen. Bis zum Donnerstag muß Beschluß gefaßt sein, damit die Gelder vor Weihnachten noch ausgezahlt werden können.

Faßt die gesamte bürgerliche Presse wendet sich gegen die Arbeitslosendemonstrationen und entwirft schaurige Bilder über die Vorgänge, wobei sie sich auf den Aufruf stützt, den die Rote Fahne und nachher die übrigen kommunistischen Blätter an die Arbeitslosen bringt. Nach dem Aufruf werden die Arbeitslosen aufgefordert, im ganzen Reich die Gemeindebehörden zu zwingen, ihre Forderungen zu erfüllen. Es ist ganz offenkundig, daß die so-

nannten Kommunisten die Arbeitslosen nur zu ihren politischen Zwecken mißbrauchen. Weil sie keine anderen politischen Aktionen ausführen können und nun völlig in der Sackgasse stehen, stecken sie sich hinter die Arbeitslosen, damit diese als Sturmtrupp für den Beginn der sozialen Revolution benutzt werden. Die Kommunisten wissen sehr wohl, daß die Gemeindebehörden außerstande sind, die Arbeitslosenfrage auch nur einigermaßen befriedigend zu lösen. Und trotzdem benutzen sie die Arbeitslosen zu solchen Zwecken. Das Ergebnis dieser Aktionen wird weiter nichts als Opfer für die Arbeiterchaft sein. Es wird Zeit, daß sich die Arbeitslosen von den kommunistischen Drahtziehern nicht länger mißbrauchen lassen, sondern ihnen den Laufpaß geben. Wenn die Kommunisten Aktionen brauchen, um ihren festgefahreten Parteilarren wieder Loder zu machen, so mögen sie sie nur selbst unternehmen und nicht andere Arbeiterfähigkeiten für sich opfern.

Sonderfrieden zwischen Deutschland und Amerika?

Amsterdam, 22. Dezember. (T.U.) Präsident Harding plant zwecks Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland eine Beschleunigung der Verhandlungen mit Deutschland und den alliierten Regierungen. Ferner erklärte Harding, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland Besprechungen über den Verlauf der versenkten Schiffe stattfinden müßten. Es soll zunächst auf diplomatischem Wege verhandelt werden. Auch will Harding eine neue Büllovereinigung schaffen. Die Verhandlungen sollen sofort nach dem Amtsantritt Hardings erfolgen.

Das vorläufige Ergebnis der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 22. Dezember. (T.U.) Aus den Vorschlägen, die in den einzelnen Berichten der Alliierten gemacht werden, kann man unter Vorbehalt mitteilen, daß das deutsche Gesuchen, das in Südamerika noch internierte Schiffsmaterial Deutschland zur Verfügung zu stellen, befürwortet wird, wenn auch noch nicht bekannt ist, bis zu welcher Höhe, 2., daß die Frage der Behandlung des liquidierten deutschen Eigentums nicht so wie bisher von den Alliierten erledigt werden soll. Eine Entscheidung soll aber erst fallen, wenn die Verhandlungsart feststeht, und 3., daß in dem Clearingverfahren keine wesentliche Veränderung in dem von Deutschland vorgeschlagenen Umfange beabsichtigt wird. Die Besprechungen über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Gesamtsumme haben noch zu keinem Ergebnis geführt, es heißt jedoch, daß der Höchstbetrag nicht mehr als hundert Millionen Goldmark betragen soll. Der Plan einer Verkaufsoperation zur Lieferung deutscher Waren für die verwüsteten Gebiete Frankreichs, der von Bergmann und Seydoux in Aussicht genommen wird, wird etwas anders gestaltet werden.

Rücktritt des Hannoverischen Oberbürgermeisters.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Hannover: In einer am 21. abends stattgehabten sehr erregten Sitzung der städtischen Kollegien legte der sozialdemokratische Oberbürgermeister Reinert sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Hannover nieder. Nach einer weiteren Meldung erfolgte der Rücktritt, weil ein Antrag der Demokraten, den Reinert als Nichttrauensvotum bekämpft hatte, mit den Stimmen der Demokraten, der Rechten und eines Kommunisten angenommen wurde.

Italienisches Ultimatum an d'Annunzio.

Rom, 21. Dezember. Da d'Annunzio nicht die Absicht geäußert hat, sich dem Willen Italiens zu unterwerfen, hat General Caviglia ihm gestern abend um 6 Uhr ein Ultimatum überreichen lassen, das heute abend um 6 Uhr abläuft. Das Ultimatum stellt drei Bedingungen: 1. Räumung von Veglia, Arbe und den kleinen Ortschaften, die durch den Vertrag von Rapolla Südlavien zugesprochen sind; 2. Möglichkeit für die italienischen Kriegsschiffe, den Hafen von Fiume zu verlassen und Rückgabe der Schiffe und Panzerautos, die nach der Blockade nach Fiume gekommen sind; 3. Auflösung der Truppen, soweit es sich nicht um Bürger von Fiume handelt. Wie Caviglia hinzufügte, läßt er Unterhandlungen nur in bezug auf Einzelheiten der Ausführung dieser drei Punkte zu.

Rom, 22. Dezember. (T.U.) Auf die Aufforderung des Generals Caviglia, in Verhandlungen einzutreten, antwortete d'Annunzio, daß er den Vertrag von Rapolla nicht anerkenne und zum äußersten Widerstand entschlossen sei.

Der mißglingte Generallstreik in der Tschechoslowakei.

Von Ernst Czuczka (Lundenburg-Mähren).

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie zählte vor ihrer Spaltung in einen rechten und linken Flügel in Böhmen, Mähren, Schlesien 450 000, in der Slowakei und Karpathenland 50 000 organisierte Mitglieder. Im September 1920 konstituierte sich die Linke auf dem Prager Parteitag als selbständige Gruppe, erklärte sich mit den Prinzipien der 3. Internationale einverstanden, ohne aber den sofortigen Anschluss an Moskau zu vollziehen. Sie hielt, da noch große Teile der Arbeiterchaft der Rechten treu blieben, den Zeitpunkt für ungeeignet, sich als kommunistische Fraktion zu deklarieren; denn ihr Plan ging dahin, das gesamte tschechische Proletariat in ihr Lager zu bringen. Das ist ihr bis heute nicht gelungen! Während sie im September noch 388 000 Anhänger zählte, stellte die tschechische Rechte auf ihrem Kongress (28. bis 30. November 1920 in Prag) fest, daß die radikalen Partosen keinen Anhang bei der Bevölkerung finden und die Kommunisten massenhaft zur Sozialdemokratie übertreten. Viel zur Stärkung der Rechten trug der Umstand bei, daß sie einerseits die Teilnahme an der bürgerlichen Regierung ablehnte, andererseits die Koalitionsgemeinschaft mit nationaltschechischen Parteien aufgab und lebhaft den Antrag des verstorbenen deutschen Genossen Sellger auf die Einberufung eines Proletariatskongresses begrüßte, um vereint mit allen Klassenbewußten Proletariaten der Republik eine sozialistische Front gegen die herrschende Bourgeoisie zu bilden.

Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe für die proletarische Postille in der Tschechoslowakei. Der tschechische Kommunismus wollte aber den Streit um das Volkshaus in Prag, das von den staatlichen Behörden als Eigentum der Rechten anerkannt wurde, benutzen, um die sofortige Diktatur des Proletariats durch den Generallstreik herbeizuführen. Gänzlich unvorbereitet und planlos forderte er die Einstellung der Arbeit in den Betrieben, Beschlagnahme des Großgrundbesitzes und Bildung von Revolutionsräten und roten Armeen. Seine Führer haben kurz vor Ausbruch der Streikbewegung erklärt: „Wenn wir den Kampf gegen das Bürgertum beginnen, wird sich das gesamte werktätige Volk ohne Unterschied der Nation anschließen.“ Jetzt kann man feststellen, daß statt der angekündigten Millionen Streiter nur Minderheiten Smeral und Muna folgten. In Prag betrug die Zahl der Streikenden etwa 10 Prozent. In Kladno wurde allerdings die tschechische Räterepublik proklamiert. Am 11. Dezember 1920 wurde daselbst eine Versammlung abgehalten, in der ein Revolutionsrat gewählt ward. In den Orten des Kladnoer Reviers gründete man fünf- bis siebengliedrige Revolutionsausschüsse, besetzte die Bahnhöfe in Anholst, Loma und Mračan, nahm den Landbewohnern die Waffen weg, rief zur Organisation einer roten Armee auf und beschlagnahmte die Großgrundbesitzer Santschana und Smolenrans mit allen Höfen und Schlössern, die Zuckerfabrik in Klobouky usw. In Komotau arbeiteten die Goldschmiede und Mannesmannrohren-Werke nicht. In Brüx und Reichenberg traten die deutschen Arbeiter in einen Sympathiestreik für die tschechische Linke. In Mähren traten aber nur die tschechischen Arbeiter von Brünn, Götting und Trebitsch auf die Seite der Kommunisten. Man darf die Anzahl auf höchstens 200 000 Teilnehmer rechnen. Das ist eine Niederlage für die Kommunisten, die beweist, wie schlecht sie über ihre Kräfteverhältnisse orientiert sind. Nur auf sich selbst gestellt gingen sie in die Aktion! Nicht einmal die deutschen und tschechischen Gewerkschaften haben sie über ihre Schritte informiert. Wie leichtfertig sie bei ihrer Revolutionspleaserei vorgehen, beweist die Tatsache, daß während des Generallstreiks nicht einmal die Skodawerke den Betrieb einstellten. Man hat in den Skodawerken ruhig Mordwaffen weiter fabriziert! Die tschechischen Kommunisten glauben einfach, eine Revolution läßt sich in Tschechien durchführen, ohne daß man der Waffentindustrie sicher ist. Im Ostrowoer-Karwiner Kohlengebiet gehorchten von 110 000 Kohlenarbeitern nur 20 000 der Parole des kommunistischen Streiks.

Der Verlauf der Bewegung hat gezeigt, daß sich in der tschechischen Republik die soziale Revolution nicht im Handumdrehen durchführen läßt. Der Putsch der Linken fand gar keinen Anhang bei dem größten Teil der Arbeiterchaft! Die tschechische Rechte nannte ihn eine verlorne Schlacht gegen den tschechischen Staat. Die Moskafpartei (nationalsozial) befahl ihren Anhängern, die Beschäftigung in den Fabriken trotz des Streiks fortzusetzen. Am 12. Dezember 1920 faßte der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Lüttich den Beschluß, in den Generallstreik nicht einzutreten, und stellte fest, daß sich die Zentralkommission des Generallstreiks weder an den Parteivorstand in Teplitz noch an die Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg gewendet habe, um die Beteiligung der deutschen Arbeiter am Generallstreik und